



BRANDBRIEF

Gebeutelte Branche: Kita- und Schulcaterer erneut am Limit

Berlin, 12. April 2022

Steigende Diesel- und Benzinpreise, zusätzliche Liefergebühren, Marktengpässe bei Obst und Gemüse sowie die höchste Inflationsrate seit 48 Jahren – Unternehmen der Gemeinschaftsverpflegung sehen sich zum wiederholten Male **erheblichen Mehrbelastungen** ausgesetzt. Der Verband deutscher Schul- und Kitacaterer fordert die politisch Verantwortlichen auf, **Entlastungen** für betroffene Unternehmen und **Sonderregelungen bei öffentlichen Aufträgen** zu veranlassen.

Die **Folgen der Corona-Pandemie** sind noch nicht überstanden, da trifft die Cateringbranche der nächste Hammerschlag. Der Krieg in der Ukraine hat eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, an deren Ende die Schul- und Kitacaterer in Deutschland mit massiven Mehrkosten konfrontiert sind, ohne sie ausgleichen zu können:

- Die **Preise** für Gemüse aus Spanien, Italien, Portugal haben sich **verdreifacht**.
- Speditionen erheben neue **Gebühren pro Stopp**, was je nach Unternehmensgröße tausende Euro pro Monat zusätzlich bedeutet.
- **Strompreise** sind teilweise ums **Doppelte** gestiegen. Für eine Branche, die auf Energie fürs Kochen angewiesen ist, eine verheerende Entwicklung.
- Die **Inflationsrate** erreicht **einen historischen Höchstwert** und ein baldiges Ende ist nicht absehbar.
- **Coronahilfen** laufen zum Ende des Jahres endgültig aus.

Das Problem: In den Verträgen für Schul- und Kitaessen sind feste Preise pro Essen fixiert, die auf wirtschaftlichen Annahmen beruhen, die in keiner Weise mehr der aktuellen Lage entsprechen. **Wir als Caterer können so nicht weitermachen.** Wir wollen frische, abwechslungsreiche Mahlzeiten anbieten, können es unter den gegebenen Umständen aber nicht mehr. Wir stehen vor der Entscheidung: Die Qualität des Essens senken oder die zusätzlichen Kosten an Kinder und deren Eltern weitergeben. Letzteres würde eine neue Abmeldungswelle auslösen. Ein warmes Mittagessen in Schule oder Kita würde noch mehr zum Prestige der Wohlhabenden.

Deshalb ist es an der Zeit, dass der Staat eingreift. Eine Regierung, die gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Koalitionsvertrag explizit hervorhebt, muss jetzt zeigen, dass ihr dieses Anliegen ernst ist. Verträge zwischen Caterern und der öffentlichen Hand müssen **flexibel und unbürokratisch nachverhandelt** und den gegebenen Umständen angepasst werden. Und zwar nicht nächsten Monat oder nach den Sommerferien, sondern jetzt!